Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 13 (1933-1934)
Heft: 10

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

auch den Besitz von Kenntnissen zur Voraussetzung hat. Auf gemeinsamen Kenntnissen, und zwar solchen, die im gegebenen Moment zur Verfügung stehen, beruht überhaupt alle Verständigungsmöglichkeit. Darum ist Einprägung und Bereitstellung eines bestimmten Wissensschatzes fundamentale Aufgabe jeder Schule, die nicht isolierte Individualitäten ausbilden soll. Einfachheit und Zuverlässigkeit sind die entscheidenden Forderungen, welche an die Vermittlung des Schulwissens zu stellen sind. Demgegenüber haben Kurzweil und Lustbetonung, so weit sie nicht die Erfüllung jener Forderungen unterstützen (was allerdings weitgehend der Fall ist), erst sekundäre Bedeutung. Die größte und fruchtbarste Freude gibt dem Schüler wie dem Menschen überhaupt nicht jener Besitz, der durch leichtes Spiel gewonnen, sondern jener, der mit der Überwindung von Schwierigkeiten erarbeitet worden ist.

* * *

Nicht philosophische oder pädagogische Theorien entscheiden über die Güte eines Schulwesens, sondern einzig ihr Erfolg in der Sicherung und Belebung der Volksgemeinschaft. Die liberalistische Zwangs-Schule hat darin versagt.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Sozialdemokratie und Landesverteidigung. / Zur Judenfrage.

Unter den parteipolitischen Auseinandersetzungen in der Tagespresse nimmt zur Zeit die Stellungsnahme zu dem neuen sozialdemokratischen „Wehrbekenntnis" den größten Raum ein. Die Angst vor Faschismus, Nationalsozialismus und der wachsenden nationalen Bewegung im Inlande zwingt die marxistischen Führer zu einer Änderung des Parteiprogramms. Sie fühlen offenbar selbst, daß sie sich an den dürren Ästen einer lebensfremden Ideologie aufgehängt haben und versuchen nun mit Zappeln und Windungen von ihrem eigenen Galgen loszukommen. Zu dieser Exekution stellen die vaterländischen Parteien ein schadenfrohes Publikum.

Die eindeutige Ablehnung der Landesverteidigung, die im sozialdemokratischen Parteiprogramm von 1917 niedergelegt ist, soll nun einer Art bedingten Wehrhaftigkeit weichen. Die Bedingung lautet: Solange wir Sozialdemokraten Angst vor Deutschland und Italien haben, wollen wir zum mindesten dergleichen tun, als ob wir uns gegen allfällige Angriffe wehren würden. Überdies wird uns dieses Zugeständnis an den wachsenden Wehrwillen im Volke gestatten, die Arbeiter besser in unserer Partei zusammenzuhalten. — Vom Standpunkt des theoretischen Marxismus aus betrachtet, ist dies allerdings ein fauler Kompromiß. Entweder: Man glaubt daran, daß es im Grunde keine stärkere Gemeinschaft gebe, als jene des internationalen Proletariates. Dann aber dürfen die Begriffe Volk, Vaterland und Landesverteidigung keine Rolle mehr spielen. Oder: Man bekennt sich zu diesen Mächten und wirft den ganzen Marxismus

ganz einfach über Bord. — Die Zweideutigkeit der gegenwärtigen sozialdemokratischen Stellungnahme wird denn auch von manchem grundsatztreuen Genossen empfunden. Die Mehrheit der Führer aber hat sich über diesen Widerspruch hinweggesetzt. Wie bleiben wir an der Macht? Das ist ihre einzige Überlegung. Die rettende Formel aber heißt: Wir kämpfen nicht für das schweizerische Vaterland, das für uns grundsatztreue Marxisten ja nicht existieren darf, sondern wir kämpfen alleine gegen die „Hitlerhorden", für den Sozialismus. Wie diese bedingte Wehrhaftigkeit der Sozialdemokraten eingeschätzt werden muß, erhellt aus einem Artikel, den der zürcherische Parteisekretär Ernst Walter jüngst im „Volksrecht" veröffentlichte. Darin führt er, um seinen Genossen die neue Kursänderung beizubringen, folgendes aus:

„Diese Ansichten (eben die bedingte Wehrhaftigkeit) haben mit Landesverteidigung im landesüblichen Sinne nichts zu tun. Sie bedeuten sogar unter Umständen die Aufgabe der schweizerischen Neutralitätspolitik. Oder werden die schweizerischen Arbeiter einem durch die Schweiz gegen Hitlerdeutschland marschierenden, republikanischen, vielleicht sozialistischen Frankreich, mit der Waffe in der Hand entgegentreten und werden sie nach der offiziellen Lesart der schweizerischen Neutralitätspolitik Schulter an Schulter mit den deutschen Nazis, das Frankreich, vielleicht der sozialistischen Revolution, bekriegen? Nie und nimmer. Das Gegenteil wäre unvermeidlich.

„Mehr als das. Wir haben als Sozialisten alles Interesse daran, daß sich unter dem maßgebenden Einfluß der sozialistischen Arbeiterbewegung eine Koalition der demokratischen Staaten gegen die bereits sich abzeichnende faschistische Staatengruppe bildet und sich dann auch im Kriege bewährt. Dann gibt es keine Neutralität. Dann heißt es Farbe bekennen, kämpfen auf Leben und Tod."

Es lohnt sich, solche Äußerungen im Wortlaute festzuhalten. Sie liefern den dokumentarischen Beweis dafür, daß an gewissen Stellen innerhalb der sozialdemokratischen Partei mit dem Gedanken gespielt wird, die schweizerische Unabhängigkeit und Neutralitätspolitik den eigenen Parteiinteressen zu opfern. Trotz allem Gerede von der angeblichen schweizerischen Haltung dieser Partei fühlt man sich in ihren Reihen doch in erster Linie der Parteiinternationale und nicht dem schweizerischen Volke verpflichtet, wenn man auch die Folgerungen daraus nicht immer mit eindeutiger Konsequenz zieht und aus taktischen Rücksichten zur Zeit den Internationalismus oft hinter nationalen Atrappen verbirgt. Sie nennen es „Bekenntnis zur Demokratie und Landesverteidigung". Wir heißen das Landesverrat.

* * *

Die Spannung zwischen nationalem Bewußtsein und internationalen Lehren und Mächten, die in der innern Krise der Sozialdemokratie und ihrem zweifelhaften Bekenntnis zur Landesverteidigung ihren Ausdruck findet, wirkt sich auch außerhalb der Parteipolitik immer schärfer aus. In diesem Zusammenhange rückt auch in der Schweiz die Judenfrage ganz allmählich in den Vordergrund.

Für die Schweiz gibt es keine Judenfrage. So lautete bisher die offizielle Meinung, die auch in der Presse immer wieder verkündet wurde. Wer die herrschende Sitte und den politischen Anstand nicht verletzen wollte, durfte daran nicht rütteln. Tat man es dennoch, so galt man als Barbar oder wurde zum mindesten als rückständig mitleidig belächelt.

Das hat sich seit kurzem geändert.

„Man kann sagen was man will; es gibt auch in der Schweiz eine Judenfrage. Ein nicht unbedeuten-

der Teil des Schweizervolkes hat ein Gefühl der Auflehnung gegen sie. In diesem Momente besteht eben eine Judenfrage. Man muß sich mit ihr auseinandersetzen."

Diese Feststellung findet sich am Anfang einer heute noch nicht abgeschlossenen Reihe von Aufsätzen, mit denen der rührige Schriftleiter der qualifizierten Wochenzeitung „Das Aufgebot", Privatdozent Dr. Lorenz es unternimmt, die Frage für die Schweiz statistisch zu untersuchen. Dieser Methode erwachsen allerdings nicht unwesentliche Schwierigkeiten, da durch die statistischen Erhebungen in der Regel nur jene Juden erfaßt werden, die sich auch zum jüdischen Glauben bekennen. Das aber tun bekanntlich längst nicht alle. Interessant sind seine Untersuchungen vor allem mit Bezug auf die Frage der Einbürgerung und des Aufenthaltsortes der Juden in der Schweiz. Dr. Lorenz weist nach, daß von den im Jahre 1930 in unserem Lande statistisch erfaßten 18,462 Juden ungefähr zwei Drittel in den fünf größten Städten wohnen und zwar in Zürich 5826, in Basel 2586, in Genf 2294, in Bern 902 und in Lausanne 835. Der restliche Drittel verteilt sich auf kleinere Städte und Industriezentren wie Winterthur, Biel, Luzern, St. Gallen, Kreuzlingen, Lugano, Vevey und La Chaux-de-Fonds. Auf dem Lande sind sozusagen keine Juden zu finden. Ihr verhältnismäßiger Anteil an der Gesamtbevölkerung betrug 0,45 %, in der Stadt Zürich alleine dagegen 2,3 %. In den beiden jüdischen Ghetto-Dörfern Lengnau und Endingen im Kanton Aargau, die den Juden einst durch einen Tagsatzungsbeschluß als Wohnstätten angewiesen wurden, zählte man im Jahre 1850 noch 3100, heute nur 990 Juden. Einen Geburtenüberschuß weisen die hier ansässigen Juden vermutlich nicht auf. Sie teilen das Schicksal aller, „welche nach den Städten streben und ohne im Boden verwurzelt zu sein, im städtischen Gewinnstreben und Genuß aufgehen". Die zahlenmäßige Vermehrung der ansässigen Juden von 3145 im Jahre 1850 auf 18,478 im Jahre 1930 (heute werden es schon einige Tausend mehr sein), ist daher vor allem auf den Zuzug aus dem Auslande und die unverhältnismäßig starke Einbürgerung zurückzuführen. Von den in den Städten Zürich und Basel in den Jahren 1926 bis 1931 eingebürgerten 6680 Ausländern waren etwas mehr als 10 %, nämlich 718 Juden. Im Jahre 1929 stieg dieser Prozentsatz sogar auf 15 vom Hundert, indem sich unter 1136 Ausländern 163 Juden befanden. Die Einbürgerungen haben vor allem in der Kriegs- und Nachkriegszeit zugenommen. In den Jahren 1900 bis 1920 bestand die Mehrzahl der ansässigen Juden aus Ausländern, im Jahre 1930 dagegen besaß die Mehrheit bereits das schweizerische Bürgerrecht. Aus all' dem ergibt sich wohl der zwingende Schluß, daß die bisher schon von verschiedenen Fronten und Bünden erhobene Forderung auf Erlaß eines Verbotes der weiteren Juden-Einwanderung und Einbürgerung berechtigt war.

Der Versuch von Dr. Lorenz, dem Problem möglichst leidenschaftslos und objektiv entgegenzutreten, steht nun im schärfsten Gegensatz zu der Behandlung, die dieses Problem zur Zeit von anderer Seite erfährt.

Die schweizerischen Juden stellen die Frage des Antisemitismus. Es geschieht dies allerdings aus dem Hinterhalte, indem Arier und zum Teil hochoffizielle Körperschaften für sie ins Feuer geschickt werden. Dabei versucht man gleichzeitig parteipolitisch Kapital aus der ganzen Angelegenheit zu schlagen.

Auf Grund einer in der Kirchensynode eingereichten Interpellation, deren geistiger Vater Pfarrer Lejeune, der Schriftleiter der vom Ragaz-Kreis herausgegebenen „Neuen Wege" gewesen war, und die von dem liberalen Theologen und Universitätsprofessor Köhler begründet wurde, erließ der Kirchenrat des Kantons Zürich einen Protest „gegen die Verallgemeinerungen und

Übertreibungen, mit denen man kurzerhand die Juden verantwortlich machen will für alle Krankheitserscheinungen an unserem Volkskörper". Zur Begründung führte der Kirchenrat unter anderem aus:

> „Unter dem Einfluß von Vorgängen, die sich unter wesentlich andern Voraussetzungen in unserem nördlichen Nachbarstaat abgespielt haben, ist auch im Schweizerland und in unserem Zürchervolk eine judenfeindliche Bewegung entstanden. Weder die Zahl noch der geistige Einfluß der Juden in der Schweiz ist derart, daß man von einer drohenden Verjudung unseres Volkes sprechen dürfte...."

Dieser Aufruf ist allerdings nicht widerspruchslos aufgenommen worden. Noch mehr Staub aber wurde durch den Umstand aufgewirbelt, daß in der vorangehenden Sitzung der Synode eine freie Aussprache über die von Prof. Köhler eingereichte Interpellation unterbunden worden war und zwar mit der Begründung, es könnte sonst allerhand gesagt werden, das leicht zu Mißdeutungen in der Öffentlichkeit führen würde. Auf gut Deutsch aber heißt das: Die Kirchensynode bezw. die Interpellanten fürchteten die Aussprache. Man forderte Toleranz gegenüber den Andersgläubigen und übte geistigen Terror gegenüber Glaubensgenossen. Und das geschah keineswegs im gleichgeschalteten Hitlerdeutschland, sondern „in der freien Zürcher Kirchensynode, in der herrlichen Demokratie". Mit Recht bezeichnete Pfarrer Brassel, der sich selbst als Gegner des Antisemitismus bekennt, in einem Aufsatz in der „Zürichsee-Zeitung" (Nr. 305 vom 29. Dezember 1933) das Ganze als eine „Heuchelei", zumal die Synode Zeit habe, „zum Fenster hinauszureden, keine Zeit aber für wichtigere Geschäfte, welche unsere Kirche unmittelbar belangen". Vor allem aber konnte man sich des Eindruckes nicht erwehren, daß hier mit verschiedener Elle gemessen wurde, denn die gleiche Kirche, die protestierte, als die Sache der Juden auf dem Spiele stund, schwieg, als die Christen um ihres Glaubens willen in Sowjetrußland verfolgt wurden.

Doch nicht nur die Kirche, auch politische Organisationen und Persönlichkeiten werden mehr und mehr in die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus hineingezogen. Im Oktober 1933 war es Herr Rusch, der Herausgeber der „Republikanischen Blätter", der vor 12 Jahren ein glühender Antisemit gewesen war, und nun im Dienste Israels ein rotes Schriftchen veröffentlichte, in dem die sogenannten „Protokolle der Weisen von Zion" als Fälschung entlarvt werden sollten und vor allem der „Nationalen Front" schärfster Kampf angesagt wurde, wobei sich der Verfasser auch vor persönlichen Verunglimpfungen nicht scheute. Die Broschüre wurde durch die Post jedermann gratis ins Haus zugestellt, offenbar nicht auf Kosten des Autors.

Dem gleichen Zwecke dient eine Schrift von A. Kundert, Schriftleiter der „Appenzeller Zeitung", die seit Beginn dieses Jahres ebenfalls gratis vertrieben wird. „Warum immer die Juden?", so lautet der Titel dieses Aufsatzes, der erstmals als Referat in der Bezirksvereinigung für den Völkerbund in Herisau vorgetragen wurde. Er ist für die geistlose Art und Selbstgerechtigkeit, mit der man an vielen Orten das ganze Problem abzutun versucht, wie für die Anschauungen gewisser Kreise über das neue Deutschland bezeichnend. Was Herr Kundert beispielsweise über die Gründe für den Sieg des Nationalsozialismus zu sagen weiß, ist geradezu klassisch. Man lese und staune: „Der Hauptbelastungszeuge des Antisemitismus ist", so schreibt Kundert, „eine infame, satanische Fälschung. (Gemeint sind die bereits erwähnten „Zionistischen Protokolle".) Auf Grund dieser bewußten Lüge erlebte der Nationalsozialismus in Deutschland seinen gewaltigen Aufstieg". Das deutsche Volk wäre wirklich zu bedauern, wenn die ganze nationale Bewegung keine tiefere Begründung hätte; vorerst bedauern wir nur die Bezirksvereinigung für den Völkerbund in Herisau, die ihren Mitgliedern solche außenpolitischen Weisheiten vortragen läßt. Im Zu-

sammenhange mit dem erwähnten Ausfall gegen Deutschland ergeht sich dann Herr Kundert in Schmähungen gegen die nationale Erneuerungsbewegung in der Schweiz, um daraus seine Untersuchung über die Judenfrage wie folgt abzuleiten:

„Da das „Juda verrecke" bereits in unseren schweizerischen Fronten ein läppisches, unschweizerisches und verführerisches Echo gefunden hat, lohnt es sich wohl, auf das Judenproblem näher einzugehen.... (Als ob dieses ohne die Fronten nicht bestünde!) Der Antisemitismus hat gegenwärtig seine Hochkonjunktur. Er ist das psychische Spiegelbild der durch die Wirtschaftsnot verursachten physischen und geistigen Verelendung. (Das ist die typische, aber ungenügende Erklärung des historischen Materialismus.) Er (der Antisemitismus) ist die praktische und billige Verteidigungswaffe der verantwortlichen Volksführer, die mit ihrem Latein zu Ende sind. „Juda verrecke!" ist in kritischer Situation noch immer die Zauberformel, und das drohende Gewitter des Volkszornes geht an den unfähigen Verantwortlichen vorüber. Den Juden aber trifft das Schicksal des Sündenbockes."

Darauf folgt eine rührende Darstellung der „Leidensgeschichte eines heimatlosen Volkes". Der Kehrreim lautet: die Christen sind selbst an allem Schuld. Die christliche Kirche hat den Juden im Mittelalter ausgeschlossen. Sie hat ihn ins Ghetto gedrängt, entrechtet, von der Scholle und ehrlichem Handwerk vertrieben und zum Wucher gezwungen. Daraus folgert Kundert:

„Die Volksfremdheit der Juden ist... das Produkt des jahrhundertelangen Aschenbrödeldaseins und des religiösen Gegensatzes. Dort aber, wo man sie im Frieden läßt... wie in den westlichen Demokratien, ist auch der Jude konservativ und staatserhaltend. Denn in diesen Ländern, wo sie die volle Gleichberechtigung genießen, wo ihnen selbst die höchsten Staatsämter offen stehen, haben sie sich dermaßen assimiliert, daß sich oft sogar die äußern Merkmale, wie beispielsweise die Nasenformen (!) verwischen."

Weiter kann man es mit der Oberflächlichkeit unter dem Deckmantel einer scheinbaren wissenschaftlichen Objektivität oder der christlichen Nächstenliebe kaum treiben, als dies durch Kundert und den zürcherischen Kirchenrat geschah. Sie glauben den Antisemitismus damit zu erledigen, daß es neben einzelnen Schädlingen unter den Juden auch wertvolle Menschen und unter den Ariern ebensoviele Schufte und Bösewichte gebe, wie unter den Juden. Gewiß operiert ein volkstümlicher Antisemitismus in erster Linie mit jenen Einzelfällen, in denen Juden gegen unsere christliche Moral und Gesellschaftsordnung verstießen. Das aber ist nicht entscheidend. *Das Problem wurzelt viel tiefer und zwar ganz einfach in der Tatsache des Anders-Sein des Juden.* Darum hat, wie Dr. Lorenz richtig bemerkt, „ein nicht unbedeutender Teil des Schweizervolkes ein Gefühl der Auflehnung gegen sie". Dieses Gefühl stammt nicht von heute noch von gestern. Es war immer da, wo Juden und Christen in einem Staate zusammenlebten, bald mehr, bald weniger ausgeprägt. Es läßt sich wohl deuten, aber nicht hinwegdisputieren. *Es gibt eben keine Assimilation der Juden.* Sie sind nie unter den Völkern aufgegangen, die sie beherbergt haben, weder in Aegypten noch in Babylon noch in den beinahe 2000 Jahren, seitdem sie über die ganze Erde zerstreut sind. *Darum wird ein Jude immer Jude bleiben, mag er sich auch einreden, daß er ein ebensoguter Schweizer wie jeder andere sei.*

Aus diesem Grunde wird in Zeiten, in denen das völkische Bewußtsein stärker hervortritt, auch die Judenfrage jedesmal und unvermeidlich zu einem brennenden Problem. Das gilt in hervorragendem Maße für die Gegenwart. Der Lebensraum der europäischen Völker ist längst zu eng geworden, insbesondere seitdem sie ihre wirtschaftliche Weltmachtstellung eingebüßt haben. Einen Ausweg bietet nur die Konzentration nach Innen, der Rückzug und die Besinnung auf das eigene Volks-

tum. Jedes Volk sucht sich heute in seinem beschränkten Lebensgebiete nach Möglichkeit einzurichten. Und jeder Fremde, auch der Jude, ist da zuviel.

Eine Lösung bietet nur der Zionismus. Dem jüdischen Volk ein jüdischer Staat. Das ist ihre berechtigte Forderung. Aber die europäischen Juden haben ihren Propheten, Theodor Herzel, der diese Notwendigkeit klar erkannte, verraten, genau so wie sie seinerzeit fast alle ihre Propheten und gar den Messias verrieten. Herzel, der Begründer des Zionismus, starb an der bittern Erkenntnis, daß dem wohlhabenden europäischen Juden der Sinn für seine großen Pläne fehle. Sein rühriger Mitarbeiter Max Nordau wurde gar das Opfer eines Attentates. Erst nach dem Weltkriege wurde mit den zionistischen Kolonien in Palästina und Sovietrußland ein fruchtbarer Anfang gemacht. Die Judenfrage besteht für uns gerade gegenüber dem volksbewußten Judentum, gegenüber dem Zionismus nicht. Das klingt vielleicht paradox, ist aber leicht zu rechtfertigen. Auch der Zionismus ist eine nationale Bewegung. Der Antisemitismus der arischen Völker richtet sich gegen jene Juden, die sich nicht zum jüdischen Volke, sondern im günstigsten Falle zur jüdischen Religionsgemeinschaft bekennen und glauben, man könne wirklich zugleich Schweizer und Jude sein. Nicht der Jude schlechthin, sondern der Internationalismus und das Weltbürgertum im Juden stehen heute zur Diskussion. Der internationale Jude ist der typische Vertreter einer volksfremden Haltung, die uns ein Greuel ist. Es geht im letzten Grunde gegen den Internationalismus. Darum stehen auch alle jene Kreise, die sich dieser Lehre verschworen haben, marxistische Pfarrherren, liberale Universitätstheologen und die Bezirksvereinigung für den Völkerbund in Herisau für das bedrängte Judentum ein. Ihre Sache ist auch die des Judentums, unsere die des schweizerischen Volkes.

Zürich, den 12. Januar 1934. Robert Tobler.

Zur politischen Lage.

Blick auf das Jahr 1934.

Das Kennzeichen der allgemeinen politischen Lage zu Beginn des Jahres 1934 ist gespannte Unsicherheit. Die während der vergangenen zwölf Monate eingetretenen entscheidenden Ereignisse wirken nach, und die Zukunft liegt im Dunkel. In allen Teilen der Welt besonders aber im europäischen Raume herrscht fieberhafte diplomatische Tätigkeit, denn wichtige Entscheidungen liegen nicht nur hinter uns, sondern viel wichtigere stehen uns noch bevor.

Es wird sich im Jahre 1934 zeigen, ob zwischen Frankreich und Deutschland, den beiden Schicksalsmächten in Europa, eine Verständigung möglich ist, oder ob die herrschenden Gegensätze zwangsläufig zu einer neuen kriegerischen Auseinandersetzung führen müssen. Es wird sich ferner zeigen, ob es gelingt, eine Revision des Versailler Vertrages anzubahnen, oder ob die europäische Staatengemeinschaft nicht mehr die Kraft und Einsicht aufbringt, aus der ihr 1919 angelegten Zwangsjacke herauszukommen. Erfreulicherweise ist festzustellen, daß der Revisionsgedanke im vergangenen Jahr starke Fortschritte gemacht hat. Nicht nur hat sich Italien zu ihm bekannt, nicht nur mehren sich in Frankreich die Stimmen insbesondere aus der jungen Generation, die für eine Revision eintreten, sondern auch England scheint mehr und mehr der Einsicht zugänglich zu werden, daß die unhaltbar werdende europäische Situation nur durch eine beherzte Revidierung alter Hefte gerettet werden kann. Es ist bekannt, daß Lloyd George, einer der Mitschöpfer des Versailler Vertrages, heute unbedingter Anhänger der Revisions-

bestrebungen ist. Allein auch in den andern politischen Lagern mehren sich die Stimmen, die die gleiche Forderung erheben. Sie kamen erstmals in der großen Unterhausdebatte vom 21. Dez. 1933 klar zum Ausbruch, in der eine ganze Anzahl von Rednern eine revisionistische Politik der Regierung forderten, unter ihnen sogar Sir Austen Chamberlain, welcher erklärte, daß der Vertrag von Versailles keineswegs ein Werk übermenschlicher Weisheit sei. Zu den unbedingten Gegnern einer Revision zählen heute nur noch die Staaten der kleinen Entente, die denn allerdings auch alle Hebel in Bewegung setzen, um die sich anbahnende Revisionsbewegung zu hintertreiben.

Das Jahr 1934 wird auch mit Bezug auf die innerpolitische Entwicklung verschiedener Staaten größtes Interesse beanspruchen. Bereits in der letzten Nummer dieser Zeitschrift wurde auf die immer weiter um sich greifende geistige Umwälzung hingewiesen, die sich in Europa vollzieht. Es handelt sich bei derselben nicht nur um die Heraufkunft neuer politischer Ideen, sondern vielmehr um einen totalen geistigen Umbruch. Vor aller Augen sichtbar ist bis heute allerdings erst die Aktivierung des politischen Sektors, allein die Wurzeln der Bewegung greifen in ganz andere Tiefen. Es geht nicht nur darum, die Ideen der französischen Revolution, die letzten Endes in Bolschewismus und Chaos ausmünden müssen, zu überwinden, sondern es geht darum, ob es der europäischen Menschheit gelingt, der allgemeinen Auflösung auf gesellschaftlichem, wirtschaftlichem und geistigem Gebiet durch die Erringung eines neuen Ordnungs- und Wertmaßstabes Einhalt zu gebieten. Es geht um eine neue Verankerung unseres Seins im Metaphysischen, um die Überwindung der materialistischen Weltanschauung, um einen neuen Glauben an das Absolute. Es ist klar, daß ein geistiger Umbruch von so gewaltigen Ausmaßen sich nicht im Verlauf einiger Monate oder auch nur einiger Jahre vollzieht. Hiezu ist vielmehr eine jahrzehntelange Entwicklung notwendig, die unter Entladung unerhörter seelischer Energien und unter schwersten Erschütterungen auf allen Gebieten des menschlichen Lebens vor sich geht. Wir stehen heute am Anfang dieser Entwicklung. An einzelnen Punkten auf dem europäischen Kontinent ist sie bereits sichtbar in Erscheinung getreten, während sie an andern sich noch unter der verkrusteten Oberfläche abspielt und nur dem Auge des Eingeweihten erkennbar ist. Wohin aber auch immer der Blick sich wendet, da gewahrt er Unruhe, die ein Zeichen der im Verborgenen wirkenden Kräfte ist.

Auf politischem Gebiete hat sich der große Durchbruch bis heute in Italien und in Deutschland vollzogen. In andern Ländern steht die Entwicklung auf des Messers Schneide. So vor allem in Österreich, wo sie mit großer Geschwindigkeit der Entwicklung zudrängt. Die Regierung Dollfuß kann sich nur noch mit Hilfe diktatorischer Maßnahmen halten. Auf der einen Seite vom verbotenen, aber nicht zertretenen Nationalsozialismus, auf der andern von den ungeduldigen verbündeten Heimwehren bedrängt, die für einen Faschismus nach italienischem Muster kämpfen, hat sie lediglich noch in der Kirche — und in Frankreich bezw. Italien eine Rückendeckung. Als anfangs Dezember 1933 der Klerus aus dem politischen Kampf zurückgezogen wurde, hatte es zunächst den Anschein, als ob Dollfuß vom Vatikan aufgegeben werde. Der kurze Zeit darauf folgende Hirtenbrief der österreichischen Bischöfe, der eine scharfe Ablehnung der nationalsozialistischen Ideenwelt enthielt, zeigte jedoch, daß dem nicht so war. Der Kampf ist heute noch in vollem Gange, allein das Jahr 1934 wird, wenn nicht alle Zeichen trügen, die Entscheidung bringen. — Auch das französische Volk gerät allmählich in Bewegung. Immer deutlicher zeigen die sich folgenden Regierungskrisen, daß das parlamentarische System den harten Anforderungen der Gegenwart nicht mehr genügt. Insbesondere aber ist es die französische Jugend, die an den Stäben rüttelt. Zweifellos beschleunigen die sich häufenden Korruptionsfälle, deren neuester und schwerster die Affäre Stavisky war, den Ablauf des Prozesses. Immerhin

wird die Entwicklung in Frankreich noch längere Zeit beanspruchen, da die wirtschaftlichen und ideologischen Voraussetzungen anders gelagert sind, als in einem Großteil der übrigen europäischen Länder. Aber auch Frankreich wird sich der Zwangsläufigkeit der Entwicklung nicht entziehen können. Spanien holt gegenwärtig das im letzten Jahrhundert Versäumte nach. Nach dem Sturz der Monarchie laboriert es an der parlamentarischen und liberalen Demokratie herum, die bereits zu wiederholten Malen in den Anarchismus umzuschlagen drohte. Für den Augenblick ist diese Gefahr abgewendet, und es zeigt sich bereits eine starke Bewegung nach rechts, die darauf hindeutet, daß über kurz oder lang das Land sich in die Front der andern Mächte einreihen wird. Von den kleineren Staaten seien lediglich Irland mit der Blauhemdenbewegung des Generals O'Duffy, Holland mit der nationalsozialistischen und die Schweiz mit ihrer Frontenbewegung erwähnt, um darauf hinzudeuten, daß an allen Enden die Geister in Aufruhr geraten sind und daß das Jahr 1934 auf innerpolitischem Gebiet überall im Zeichen scharfer Auseinandersetzungen stehen wird.

Es kann nicht bestritten werden, daß die Entwicklung, die das politische Leben in Europa eingeschlagen hat, in engstem Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Lage steht. Der Zerfall der Welt in verschiedene, mehr oder weniger autarke Wirtschaftsräume brachte es mit sich, daß das Abendland mehr und mehr in seiner wirtschaftlichen Weltgeltung zurückgedrängt wurde. Tag für Tag gehen überseeische Märkte, die vor Jahrzehnten von Europa erschlossen wurden, verloren, und Tag für Tag schwinden Absatzgebiete, deren Existenz man infolge jahrelanger Übung als gegeben angesehen hatte, dahin. Die wachsende Industrialisierung der außereuropäischen Wirtschaftsräume ermöglicht deren zunehmende Abriegelung gegenüber Europa, dergestalt, daß Europa mehr und mehr auf sich selbst zurückgedrängt wird. Diese Verengerung des wirtschaftlichen Geltungsbereichs, die für das Abendland als Gesamtheit, sowie für seine einzelnen Staaten im Gange ist, ist ein äußerst schmerzlicher Vorgang, der sich zwangsläufig nur unter schweren politischen und sozialen Erschütterungen abspielen kann. Wenn diese Erschütterungen nicht zu einer Zerreißung des gesamten europäischen Kulturorganismus führen sollen, ist es notwendig, sie irgendwie abzudämpfen und in geordnete Bahnen zu lenken. Nur ein innerlich starkes und autoritär regiertes Land wird die zu erwartenden Stöße aushalten können. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, ist die politische Bewegung, die heute durch die europäischen Völker geht, die Vorbereitung zur Organisation des wirtschaftlichen Rückzugs großen Stils, in den wir, ob wir wollen oder nicht, hineinverwickelt sind — und den wir vornehmen müssen.

Unter den Mächten, die heute gegen Europa im Vormarsch begriffen sind, steht Japan an erster Stelle. Seine rapid wachsende Bevölkerungszahl, der niedrige Lebensstandard und die entwertete Währung erlauben ihm einen wirtschaftlichen Vormarsch, wie er einzig in der Geschichte dasteht. Hand in Hand mit demselben geht ein politischer Ausdehnungsdrang, der früher oder später zu einer kriegerischen Auseinandersetzung mit anderen Mächten, insbesondere mit Amerika und Rußland, führen muß. Die Beziehungen zwischen Japan und Rußland sind schon längst gespannt, da das letztere sich durch den planmäßigen und mit unerhörter Zähigkeit durchgeführten Vormarsch Japans auf dem asiatischen Festland bedroht fühlt. Der letzte Schachzug Japans in dieser Richtung war die Erhebung der Mandschurei zu einem Kaiserreich, die auf eine weitere Einflußnahme auf China hindeutet. Während sich auf diese Weise die Zündstoffe im Fernen Osten bedrohlich häufen, ist das Verhältnis Japans zu den Vereinigten Staaten von Amerika anscheinend ein gutes. Allein dem scharfen Beobachter kann nicht entgehen, daß im Geheimen beidseitig die Vorbereitungen zum Endkampf getroffen werden. Ende 1936 wird das Washingtoner Flottenabkommen ablaufen. Es er-

scheint fraglich, ob es nochmals erneuert werden wird. Verschiedene Umstände deuten vielmehr darauf hin, daß schon heute beidseitig die Vorbereitungen zu einem allgemeinen Wettrüsten getroffen werden.

Mit den Vorgängen im Fernen Osten steht zweifellos die Anerkennung Sowjetrußlands durch die Vereinigten Staaten von Amerika im Zusammenhang. Im übrigen ist das starke Hervortreten der Sowjetunion auf dem Gebiete der internationalen Politik ein wesentliches Merkmal des vergangenen Jahres. Es ist bedingt durch die wachsende Nationalisierung des russischen Bolschewismus, der heute endgültig auf die Weltrevolutionspläne zu Gunsten einer realistischen Außenpolitik verzichtet zu haben scheint. Besonders wichtig war das Wiederauftauchen der Sowjetunion auf dem Schachbrett der europäischen Politik, auf dem im Herbst Frankreich eine traditionelle Ostpolitik durch die Annäherung an Rußland wieder aufnahm. Gewisse Anzeichen, so insbesondere die Besprechungen Mussolinis mit Litwinow anläßlich dessen Rückkehr aus Washington sprechen dafür, daß Rußland in Zukunft noch viel stärker als bisher in das europäische Geschehen hineingezogen werden wird. Es besteht die Möglichkeit, daß dies in einseitig antideutschem Sinne geschieht. Zur Abwendung dieser Gefahr unternimmt Deutschland heute — etwas spät allerdings — den Versuch, die erkalteten Beziehungen zu seinem großen Nachbar im Osten wieder in freundlichere Bahnen zu lenken.

Während so Rußland in wachsendem Maße wieder am europäischen Kräftespiel teilnimmt, wird es immer deutlicher, daß eine andere Großmacht, die bis anhin auf die europäische Politik entscheidend eingewirkt hatte, an Einfluß verliert: England. Wohl befindet sich der englische Außenminister andauernd auf Reisen. Diese Geschäftigkeit kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Gesetz des Handelns nicht bei seinem Lande liegt. England ist heute und wird in Zukunft viel zu sehr mit den Problemen seines eigenen Imperiums beschäftigt sein, als daß es sein ganzes Gewicht in die Wagschale des europäischen Geschehens werfen könnte. Die Verantwortung für das Abendland ruht auf Frankreich und Deutschland. Die beiden Mächte sind gegenwärtig in einem direkten Gedankenaustausch über die Abrüstungsfrage begriffen, was zu einer gewissen, wenn auch schwachen Hoffnung für die Zukunft berechtigt.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Aussichten für das Jahr 1934 alles andere als rosig sind. Von einer Aufhellung der verworrenen Lage kann im gegenwärtigen Zeitpunkt keine Rede sein. Es wird der Zusammenraffung aller gesunden und einsatzbereiten Kräfte bei den einzelnen Völkern bedürfen, wenn das europäische Staatsschiff ohne schwere Beschädigung zwischen den Klippen hindurchgesteuert werden soll, die sich drohend in der Zukunft auftürmen.

Schaffhausen, den 14. Jan. 1934. Rolf Henne.

„Blick in die Schweiz."

(Süddeutsche Monatshefte, November-Nummer 1933.)

Die „Süddeutschen Monatshefte" widmeten der Schweiz eine Sondernummer „Blick in die Schweiz", die allein schon aus dem Streben wohl beachtet zu werden verdient, daß die heutige politische und geistige Lage der Schweiz dem Deutschen veranschaulicht wird. Eine Reihe von Aufsätzen über Politik, Literatur, Wirtschaft und Armee geben ein umfassendes Bild. Es wird der eigenständigen Entwicklung auf allen Gebieten dieses Staatswesens gedacht, das unter den Völkern Europas von jeher ein Sonderling war, bis es durch die französische Revolution der neuen Menschheits-, Staats- und Gesellschaftsdoktrin angeglichen wurde. Die alten, wirtschaftlichen Institutionen, die politischen Organe, die Vorrechte, die nur durch Vorpflichten und wahren Gemeinsinn gerechtfertigt waren, gingen unter, der

Geist, der sie geschaffen hatte, blieb dennoch. In einigen der Aufsätze hört man den Gegensatz wenigstens angeschlagen zwischen den gültigen demokratischen Institutionen des 19. Jahrhunderts, die nicht die geringste Verwandtschaft haben mit den alteidgenössischen Demokratien, und dem neuen Geist, der mit radikal konservativem Zuge und in rein schweizerischem Sinn die nationale und soziale Gesinnung wieder zu Ehren bringen will. Im Interesse des deutschen Lesers hätte man lediglich gewünscht, daß die regenerative und revolutionäre Grundströmung im Volk, von der die an die Macht im Staat sich klammernden Parteien unterspült werden, deutlicher in Erscheinung getreten wäre.

Der historisch interessante und abgewogene Aufsatz über „Die Schweiz als politische Sondergestalt" von Hektor Ammann, der einzige Beitrag aus schweizerischer Feder, enthält nur am Schluß einen gedrängten Aufriß der politischen Gegenwart. Ammann sieht die Lösung in der Bildung einer starken Mehrheit, einer Unmöglichkeit bei den heutigen Parteiverhältnissen. In dem tiefgreifenden Essay von Nadler über die Literatur der deutschen Schweiz gehört, neben Bemerkungen über schweizerische Bühnenliteratur und Erzählergaben, vor allem die Schlußfolgerung hervorgehoben: „Deutsche Literatur in der Schweiz ist immer Geist des raum- und zeitverwachsenen deutschen Volkes gewesen und kann anders nicht sein". In prinzipiell richtiger Weise stellt Franz Pechota in einem Aufsatz „Die Wirtschaftslage der Schweiz" (allerdings wahrscheinlich vor dem Volksbank-Krach verfaßt) der Sicherheit der Finanzgrundlage den vollständigen Mangel von Initiative in der Privatindustrie und das Fehlen eines eidgenössischen Arbeitsbeschaffungsprogrammes gegenüber, wogegen Georg Jürgens der schweizerischen Armee, mit kritischen Auslassungen u. a. über die unzulängliche Dienstdauer, im Ganzen ein sehr ehrendes Zeugnis ausstellt. Besonders anziehend ist die scharfe Zukunfts-Analyse von Paul Schmitt, der die Fronten-Bewegung nur als ersten Versuch ansieht, mit autoritären Staatsformen etwas politisch Wirksames zu gestalten. In außenpolitischer Beziehung werde das Verhalten der Schweiz dahin tendieren, möglichst lange die Neutralität zu bewahren, weil sie sich in Sorge vor Frankreich fühlen müsse. Die offene, inzwischen erfolgte Freundschaftserklärung für einen Waffengang mit Frankreich seitens des schweizerischen Marxismus zwingt heute noch mehr zur Pikettstellung zwischen den Mächten. Eine kleine Erzählung Huggenbergers und eine scharfblickende Besprechung des Buches von Paul Lang „Tote oder lebendige Schweiz" durch E Eschmann bilden den Beschluß des reichhaltigen Heftes.

H. A. Wyß.

Kultur- und Zeitfragen

Schweizer Dramatik.

„Der Verrat von Novara".

Das neue Schweizerschauspiel von Cäsar von Arx, „Der Verrat von Novara", stellt uns vor eine grundsätzliche Gewissensfrage, die das gesamtschweizerische Bühnenschaffen betrifft: Sind wir berechtigt oder gar verpflichtet, an Stücke schweizerischer Autoren mildere Maßstäbe anzulegen, nur deshalb, weil sie Schweizer sind? Die Antwort muß Nein lauten, weil wir dann die schweizerischen Dramen zum vornherein eine Stufe geringer werten würden als das Schaffen des Auslandes, weil sonst das Niveau der Einheimischen nie ernstlich gemessen werden könnte an fremden Theaterwerken.